

Deutschland: Kloster verweigert Trauungen wegen Ehe für alle

Weil die Mönche keine gleichgeschlechtlichen Eheschliessungen in ihren Räumen dulden wollen, strich das Standesamt Grevenbroich die Hochzeits-Location komplett aus seiner Liste.



Seit 2007 konnten Paare im Stefansaal des Klosters Langwaden in Grevenbroich heiraten – so sah es eine Vereinbarung zwischen dem Standesamt und den Zisterzienser-Mönchen vor. Ab dem kommenden Jahr ist damit nun Schluss. Grund ist die Ehe für alle.

"Das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe, das heute vor einem Jahr in Kraft trat, liesse sich nicht mit dem Kirchenrecht vereinbaren", erklärte Bürgermeister Klaus Krützen (SPD) gegenüber der "Westdeutschen Zeitung". Zuvor hatten sich die Mönche gegen gleichgeschlechtliche Eheschliessungen in der ehemaligen Klosterbibliothek gesperrt und die Stadt auf den angeblichen Konflikt hingewiesen.

Der Ältestenrat unterstützte die Entscheidung

Da die staatliche Verwaltung alle gleich behandeln müsse und wolle, habe man sich entschieden, die Zusammenarbeit in Sachen sämtlicher standesamtlicher Hochzeiten "leider zu beenden", erklärte Krützen. Der Ältestenrat habe die Entscheidung zur Ehe für niemanden unterstützt.

Bis Jahresende könnten laut Bürgermeister im Kloster Langwaden nur Ehen geschlossen werden, "die im Sinne der Kirche sind". Die Mönche selbst wollten sich zur Entscheidung nicht äussern. "Der Veränderungsprozess wurde durch die Stadt initiiert", schob Alois Seimetz, Geschäftsführer der Klosterbetriebe, gegenüber der "Westdeutschen Zeitung" die Verantwortung von sich.

In Grevenbroich wurden jährlich rund 500 Ehen geschlossen. Seit dem 1. Oktober 2017 haben nach Angaben der Stadt acht lesbische und 15 schwule Paare geheiratet beziehungsweise ihre Lebenspartnerschaften umgewandelt. Mit dem Schloss Hülchrath oder der Villa Erckens gibt es weiterhin romantische Alternativen für Paare, die sich nicht im Standesamt das Ja-Wort geben wollen.

Nachtrag vom 5.7.2018: Kloster wolle "niemanden verletzen oder diskriminieren"

Das Kloster Langwaden hat sich am Mittwoch auf seiner Facebook-Seite erstmals zum Streit um gleichgeschlechtliche Hochzeiten geäußert: Bruno Robeck, der Prior (Chef) des Klosters, erklärte in einem langen Text, man verhalte sich loyal zu theologischen Vorgaben, wolle aber niemanden diskriminieren.

Robeck reagierte damit auf die Meldung vom Wochenende, nach der die Stadt Grevenbroich eine seit 2007 bestehende Vereinbarung für standesamtliche Eheschliessungen mit dem Kloster kündigte, weil die Zisterzienser-Mönche in ihrem Kloster keine gleichgeschlechtlichen Trauungen zulassen wollten. Die Stadtverwaltung begründete ihre Entscheidung damit, dass sie als staatliche Verwaltung alle gleich behandeln wolle.

"Wir bitten um Verständnis für unsere Entscheidung"

"Die katholische Theologie sieht Trauungen für gleichgeschlechtliche Paar nicht vor", so Robeck. Man könne die "Entscheidung der Stadt Grevenbroich, das Kloster nicht mehr als Ort für standesamtliche Trauungen anzubieten", verstehen und nachvollziehen. "Wir bitten jedoch um Verständnis für unsere Entscheidung, mit der wir niemanden verletzen oder diskriminieren möchten".

Der Text geht nicht näher darauf ein, warum vorher nicht auch andere laut katholischer Lehre geächtete Hochzeiten problematisiert wurden, etwa die Wiederheirat nach einer Scheidung. Robeck erklärte lediglich: "Wir stehen loyal zur gegenwärtigen theologischen Sachlage und beobachten interessiert weiterführende Fragen und Entwicklungen in unserer Kirche."

Zugleich kritisierte der Kloster-Chef die scharfe Debatte zu dem Hochzeitsstreit in sozialen Netzwerken, in der auch "Fehlinformationen" über das Kloster verbreitet würden. "Eine Polarisierung und gegenseitige Beschimpfung, wie sie jetzt in den sozialen Medien zu erleben ist, hilft niemanden, sondern schadet nur noch mehr, weil sie auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wird", so Robeck. Die standesamtlichen Trauungen machten nur einen kleinen Bruchteil der Aktivitäten des Klosters Langwaden aus. Der Prior verwies auch darauf, dass das Kloster weiterhin "intensive Sozialarbeit" betreiben würde und sich "im interreligiösen und interkulturellen Dialog" engagiere.

queer.de / 3.7.2018 und 5.7.2018